

Ressort: Politik

Selling sieht Bund bei türkischem Wahlkampf in der Pflicht

Berlin, 16.03.2017, 10:59 Uhr

GDN - Angesichts des saarländischen Auftrittsverbotes für türkische Politiker hat der Chef der Ministerpräsidentenkonferenz, Erwin Selling (SPD), Zweifel angemeldet, ob diese Frage überhaupt in die Zuständigkeit der Länder fällt. "Das Bundesverfassungsgericht hat erst letzte Woche festgestellt, dass es eine außenpolitische Entscheidung der Bundesregierung ist, ob türkische Regierungsmitglieder nach Deutschland einreisen dürfen oder nicht", sagte der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern der "Rheinischen Post" (Donnerstagsausgabe).

Im Vorfeld der Ministerpräsidentenkonferenz am Donnerstag entschied sich Selling für sein eigenes Bundesland für ein entsprechendes Vorgehen: "Wenn sich tatsächlich eine solche Veranstaltung in Mecklenburg-Vorpommern abzeichnen sollte, würde ich die Bundesregierung bitten, das zu unterbinden", erklärte der Regierungschef.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-86710/selling-sieht-bund-bei-tuerkischem-wahlkampf-in-der-pflicht.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com